

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.08.2004

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:28 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Heino Ammersken

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze bis 17.52 Uhr

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Rolf Bolinius

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsfrau Christine Schmidt

Beratende Mitglieder

Herr Wilhelm Grix
Herr Norbert Haarmeyer
Herr Klaas Hayenga
Frau Soghra Janssen
Herr Karl-Heinz Kracke
Herr Dr. Friedhelm Voges

von der Verwaltung

Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel
Fachdienstleiter Dr. Ubbo Decker
Stadtamtfrau Elisabeth Szag
Stadtamtsrat Gerhard Discus
Stadtamtmann Reno Wolf
Frauenbeauftragte Okka Fekken
Stadtamtsrat Reinhard Kleen, Protokollführung

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.08.2004

als Gast

Frau Ursula Cords, Agentur für Arbeit Emden

2 Vertreterinnen der Presse

7 Zuhörerinnen und Zuhörer

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Cords von der Agentur für Arbeit Emden. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.03.2004

Die Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.03.2004 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am 05.05.2004

Herr Grix hat auf einen Fehler auf Seite 6 der Niederschrift hingewiesen. Dort heißt es: „Neben den 23.000 €, die die Stadt zur Verfügung stelle, bekäme die AWO auch Bundes- und Landesmittel“.

Dieses sei nicht richtig. Die 23.000 € kämen vom Land und Bund. Von der Stadt würden keine Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Mit dieser Berichtigung wird die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 16) am 05.05.2004 genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 5 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.08.2004

Punkt : 6 Vorlage 14/1277-00
Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe
Sozialgesetzbuch Zweites Buch - Grundsicherung für Arbeitsuchende -

Frau Tempel erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die zum 01.01.2005 anstehenden Änderungen in der Sozialgesetzgebung. Sie geht insbesondere auf die erwarteten finanziellen Auswirkungen sowie die damit verbundenen Chancen und Risiken ein.

Herr Kleen berichtet über die seit März 2004 laufenden Gespräche mit der Agentur für Arbeit Emden. Er zeigt auf, weshalb in Emden nicht von der Optionsmöglichkeit Gebrauch gemacht werden soll. Die Kompetenz für die dadurch der Stadt Emden zuwachsenden Aufgaben sei bei der Agentur für Arbeit in erheblich höherem Maße vorhanden. Alle Anstrengungen seien deshalb darauf gerichtet, möglichst schnell eine Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit Emden zu bilden. Deshalb sollten die Antragsvordrucke der Bundesanstalt für Arbeit und auch das von dort zur Verfügung gestellte EDV-Programm bei der Stadt Emden genutzt werden.

Herr Dr. Beisser erkundigt sich nach den Kosten für das EDV-Programm, den Fortbestand der AAGE und dem Einsatz des freigesetzten Personals.

Herr Kleen erläutert, dass das EDV-Programm von der Bundesagentur für Arbeit kostenlos zur Verfügung gestellt werde. Das durch die Aufgabenverlagerung freiwerdende Personal solle künftig in der zu bildenden Arbeitsgemeinschaft eingesetzt werden. Laut einem Bericht des Unterausschusses „Kommunalverfassungsrecht und kommunale Personalangelegenheiten“ des Arbeitskreises III der Innenministerkonferenz zu personalrechtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften nach § 44 b SGB II sind hierfür personalrechtliche „Wege“ vorhanden, ganz gleich in welcher Organisationsform diese Arbeitsgemeinschaft gebildet wird.

Herr Discus weist darauf hin, dass der mit der AAGE bestehende Vertrag ab 01.01.2005 auf eine monatliche Kündbarkeit umgestellt worden sei. Neuer Auftraggeber und damit Vertragspartner der AAGE werde künftig die Agentur für Emden bzw. die zu gründende Arbeitsgemeinschaft sein.

Herr Bongartz fragt, ob allein finanzielle Gründe für das Ziehen der Optionsmöglichkeit durch einzelne Landkreise ausschlaggebend sein könnten.

Frau Tempel entgegnet, dass hierüber nur Mutmaßungen angestellt werden könnten.

Herr Discus weist auf die Vorteile der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für die bisherigen HLU-Empfänger hin. So seien die Regelsätze höher, es würden höhere Vermögensfreigrenzen angesetzt und der Zugang zum Arbeitsmarkt werde verbessert. Der neue Antragsvordruck berge für Sozialhilfeempfänger ebenfalls nichts Neues, die bisher auch schon erfragten Daten müssten vielleicht nur an anderer Stelle eingetragen werden. Beim Ausfüllen könne außerdem die Hilfe der Volkshochschule in Anspruch genommen werden. Angenommen würden die Anträge in 2 eigens dafür eingerichteten Zimmern im 2. Stock des Neptunhauses. Die Annahmestelle sei von montags bis freitags 8.00 bis 12.00 Uhr, montags bis mittwochs zusätzlich von 14.00 - 16.00 Uhr und donnerstags von 14.00 - 17.00 Uhr geöffnet.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Voges erläutert Herr Discus, welche einmalige Beihilfen auch weiterhin neben den erhöhten Regelsätzen gezahlt werden.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.08.2004

Herr Dr. Voges befürchtet, dass die Hilfeempfänger mit der Ansparung von Beträgen für einmalige Anschaffungen überfordert sein könnten. Er regt an, eine Liste über Second-Hand-Einkaufsmöglichkeiten zu erstellen und zu verteilen.

Herr Schulze fragt, ob es zutreffe, dass der Zoll das Vermögen der Antragsteller unangemeldet überprüfen dürfe.

Herr Bongartz berichtet, dass dies bei Verdacht des betrügerischen Leistungsbezugs auch jetzt schon möglich sei. Dazu bedürfe es aber eines richterlichen Beschlusses.

Auf Nachfrage von Herrn Grix erklärt Herr Discus, dass ca. 1.000 der bisherigen Hilfeempfänger erwerbsfähig seien.

Auf Nachfrage von Herren Hayenga erläutert Herr Kleen, dass die Aufgabenbereiche der Fallmanager und der übrigen Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Gegenstand der anstehenden Verhandlungen mit der Agentur für Arbeit Emden seien.

Herr Bongartz regt an, nach ca. 2 Monaten erneut über den Sachstand der Gespräche zu berichten.

Weitere Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 7 Vorlage 14/1279-00
Abschluss eines Vertrages zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zwischen der Stadt Emden und der Firma K & S Dr. Krantz Sozialbau und Betreuung GmbH & Co. KG, 27367 Sottrum

Herr Wolff erläutert die Vorlage und begründet, weshalb der Vertrag mit einem leicht erweiterten Aufgabenspektrum fortgesetzt werden soll.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Beisser ergänzt Herr Wolff, welche Mehrkosten durch den einzurichtenden Wochenenddienst entstehen.

Auf die Frage von Frau Lina Meyer nach den Unterbringungszahlen antwortet Herr Wolff, dass derzeit 38 Männer in der Einrichtung lebten. Darüber hinaus würden 21 neue Flüchtlinge erwartet.

Frau Janssen plädiert dafür, die Einrichtung an der Hauptstraße 105 in Larrelt aufzulösen, da 800 Wohnungen leer stünden. Da in der Einrichtung mit 80 Plätzen jetzt nur 38 Personen untergebracht seien, stelle sich die Frage der Notwendigkeit. Durch die Anordnung der Zimmer sei außerdem keine Privatsphäre gegeben.

Herr Wolff entgegnet, dass die Einrichtung immer für 40 Plätze konzipiert war, mit der Option auf weitere 10 Plätze. Die Unterbringungsmöglichkeit sei weiterhin notwendig, da wieder mehr Einzelpersonen zugewiesen würden, von denen aber kaum jemand als Flüchtling anerkannt werde.

Herr Haarmeyer weist darauf hin, dass das Flüchtlingswohnheim häufig einen toten Eindruck mache, da die Fensterläden ständig geschlossen seien. Er bittet beim Betreiber darauf hinzuwirken, dass die Läden zum Lüften häufiger geöffnet würden.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.08.2004

Herr Wolff weist darauf hin, dass das Lüften in der Hausordnung geregelt sei.

Weitere Wortmeldungen liegen zu dem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 8 Vorlage 14/1278-00
Leistungsvereinbarung über den Betrieb einer Kontaktstelle für Menschen mit psychischen Krankheiten/seelischen Behinderungen in Emden

Herr Dr. Decker erläutert die Vorlage. Diese dokumentiere insofern nicht mehr den neuesten Stand als unter Mitwirkung u.a. des Ausschussvorsitzenden eine weitere Landesförderung habe erreicht werden können. Diese erfolge letztmalig für ein weiteres Jahr, also bis zum 31.10.2005. An dem Abschluss einer Leistungsvereinbarung solle aber auch unter diesen veränderten Gegebenheiten festgehalten werden.

Auf Nachfrage von Herrn Davids zum in der Leistungsvereinbarung genannten Personenkreis bestätigt Herr Dr. Decker, dass mit „alle Menschen“ ausschließlich Erwachsene gemeint seien.

Herr Dr. Voges befürchtet durch die geforderte Qualitätssicherung eine Behinderung der eigentlichen Arbeit.

Auch Frau Schmidt bezweifelt deren Notwendigkeit, wenn bisher gute Arbeit geleistet worden sei.

Herr Dr. Decker hält diese für unabdingbar notwendig, da hier öffentliche Gelder eingesetzt würden. Außerdem müsse überprüfbar sein, ob die mit der Vergabe der Mittel verbundene Intension auch erreicht werde.

Herr Grix verweist auf den Auftrag des Rates, wonach es nur darum gehe, Doppelstrukturen aufzuzeigen. Er empfindet die Vorlage als völlig einseitig.

Auf Nachfrage von Herrn Davids erklärt Herr Dr. Decker, dass die Dokumentation der Inanspruchnahme der Kontaktstelle nicht namentlich zu erfolgen habe. Die Formulierung „zentral im Gebiet der Stadt Emden“ solle sicherstellen, dass die Kontaktstelle von allen Klienten annähernd gleich gut zu erreichen sei.

Herr Bongartz verweist darauf, dass der Rat Rechenschaft über die Verwendung der vergebenen Mittel fordere. Hierzu bestehe außerdem eine Rechtspflicht. Er plädiert dafür, den fertigen Vertragsentwurf im Ausschuss zu behandeln.

Herr Grix hält die inhaltliche Diskussion für notwendig und bittet, die gegebenen Anregungen aufzunehmen.

Frau Schmidt erkundigt sich nach dem Anteil, den der Verein „Das Boot“ an der Finanzierung der Kontaktstelle trage.

Frau Tempel antwortet, dass jeweils 50 % der Personalkosten einer Sozialarbeiterstelle vom Land Niedersachsen und von der Stadt Emden getragen würde. Der Verein trage die anfallenden Sachkosten.

Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.08.2004

Weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

keine

Punkt : 10 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

keine Mitteilungen

Punkt : 11 Anfragen

Frau Schmidt fragt an, ob sich die Stadt Emden auch als Modellregion für die Einführung eines persönlichen Budgets für behinderte Menschen gemäß Sozialgesetzbuch IX beworben habe.

Aus personellen Gründen habe sich die Stadt Emden nicht beworben, erklärt Frau Szag. Ihr sei als Modellregion nur Osnabrück bekannt.

Frau Lina Meyer erkundigt sich, wie viele Personen vom Wegfall des Landesblindengeldes betroffen sind und ob es einen Ersatz dafür gibt.

Frau Szag antwortet, dass in Emden ca. 100 Personen von der Regelung betroffen seien. Diese könnten ersatzweise Blindenhilfe nach dem BSHG beantragen, das aber einkommens- und vermögensabhängig gezahlt werde. Zunächst seien aber sicher die weiteren Gespräche zum Wegfall des Blindengeldes abzuwarten.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit dem Wunsch für einen schönen Olympiabend.